

Unterschriften-Kampagne zum Welt-Nichtrauchertag 2005

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrte Frau Bundesgesundheitsministerin,
sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister,

mehr als 650.000 Menschen sterben Jahr für Jahr in der Europäischen Union unmittelbar und mittelbar durch Tabakprodukte. Rauchen ist und bleibt die größte vermeidbare Ursache von Krankheit und Tod in der so genannten entwickelten Welt.

Zum diesjährigen Welt-Nichtrauchertag am 31. Mai 2005 fordern die Fachkräfte aus den Gesundheitsberufen von der Politik die zügige Umsetzung der Inhalte der internationalen Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle der WHO (FCTC) in Form eines Nationalen Tabakkontroll-Programms mit den folgenden Inhalten:

1. Die Stärkung der Gesundheitsprävention, um lebensbedrohliche Krankheiten durch den Tabakkonsum frühzeitig zu vermeiden.
2. Die unverzügliche Novellierung des Jugendschutzgesetzes. Die Altersgrenze für die Abgabe von Tabakprodukten muss von 16 auf 18 Jahre angehoben werden. Die gleiche Altersgrenze soll auch für das Rauchverbot in der Öffentlichkeit gelten.
3. Schaffung eines Gesetzes zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Passivrauchen in Krankenhäusern, öffentlichen Einrichtungen sowie in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr einschließlich gastronomischer Betriebe bis spätestens 2006.
4. Umsetzung der 3. Stufe der Tabaksteuererhöhung im geplanten Umfang bei gleichzeitiger Erhöhung der Feinschnitt-Besteuerung und einer verstärkten Bekämpfung des Tabakschmuggels.
5. Die Einführung eines umfassenden Tabakwerbverbots bis spätestens 2007.
6. Die Abschaffung aller Zigarettenautomaten bis spätestens 2008.

Steuerungsgremium:

Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V., München
Bundesärztekammer, Köln
Bundesvereinigung für Gesundheit e. V., Bonn
Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Hamm

Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg
Deutsche Krebsgesellschaft e. V., Frankfurt
Deutsche Krebshilfe e. V., Bonn
Deutsche Lungenstiftung e. V., Hannover

7. Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen dürfen zur Finanzierung von Projekten im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich grundsätzlich kein Geld von der Tabakindustrie annehmen.

Wir, die Angehörigen von Gesundheitsberufen – darunter Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen, Apotheker, Zahnärzte und Psychologen –, sowie die Mitglieder des AKTIONSBÜNDNISSES NICHTRAUCHEN fordern die Regierung und das Parlament auf, wirksame und nachhaltige Gesetze zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Passivrauchen und der Tabakabhängigkeit zu erlassen.

Eine umfassende Tabak-Kontrollpolitik ist nicht nur notwendig in Anbetracht akuter und zunehmender gesundheitlicher Probleme der Bevölkerung. Sie stellt – vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – vor allem eine ethische Verpflichtung gegenüber der nachfolgenden Generationen in unserem Land dar.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Gesundheitsberufe und -organisationen

